

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Bei der Behandlung der Vorlage über die *Bundesfinanzreform* ist zweifellos eine recht schwierige Etappe eingetreten, durch welche unter Umständen das Reformwerk überhaupt gefährdet wird. Wie man weiß, hat der Nationalrat am Ende der Märzsession in der Gesamtabstimmung die Vorlage mit einem Stimmenmehr von nur 72 gegen 71 angenommen, und man begreift deshalb, daß in manchen Kreisen nunmehr von einem Scheitern der ganzen Aufgabe gesprochen wird. Die Entwicklung, aus welcher dieses Ergebnis erwuchs, scheint nach allgemeiner Beurteilung darauf zurückzuführen sein, daß sich die sozialdemokratische Linke allzu sicher fühlte. Sie hat sich zur Opposition entschlossen, nachdem ihre weitgehenden Anträge, die im besonderen eine noch stärkere Belastung weiter Kreise durch die Wehrsteuer zum Gegenstand hatten, abgelehnt worden waren. Nun läßt sich freilich dazu sagen, daß man auf bürgerlicher Seite weit eher Grund zu einer Ablehnung gehabt hat, waren doch die von der rechten Seite kommenden Verbesserungsanträge gegenüber einer Vorlage, die ohnehin schon stark den Stempel der Linken trug, durchwegs abgelehnt worden. Dies geschah einmal mit dem konservativen Minderheitsantrag, welcher zum Ziele hatte, die Warenumsatzsteuer als dauernde Maßnahme festzulegen und nur die Wehrsteuer zu befristen. Außerdem war ein ebenfalls von konservativer Seite vorgebrachter Antrag niedergestimmt worden, durch welchen die Ausgabenbremse eine Verschärfung erfahren sollte. Endlich gelang es auch nicht, die vom Bundesrat vorgeschlagenen Maximalsätze bei der Belastung der juristischen und natürlichen Personen durch die direkte Bundessteuer zu mildern. Die Mehrheit der bürgerlichen Nationalräte hat trotzdem der Vorlage zugestimmt. Man weiß aber, daß diese Zustimmung aus den erwähnten Gründen für viele Bürgerliche nicht eine Überzeugungssache sein konnte, daß sie vielmehr nur ausgesprochen wurde, um die Vorlage nicht vollends zu erledigen, sondern die Gelegenheit zu schaffen, daß sich der Ständerat noch mit ihr befassen kann.

Wenn sich die Sozialdemokraten entschlossen, in die Opposition zu gehen, obwohl, um dies nochmals zu betonen, die Vorlage doch weitgehend den Stempel ihrer Auffassungen trug, so mag dies darauf zurückgeführt werden, daß sich die Partei mit einer Kompromißlösung überhaupt nicht mehr befreunden wollte. Ihr ist der Kamm mächtig geschwollen. Das Schlagwort von der «Verständigungslösung», das in der Entwicklung der letzten Jahre immer wieder vorangestellt wurde, hat seinen Dienst getan und ist aufgegeben worden. Wie das kam, das wird sich vielleicht erst später, und bei anderen Gelegenheiten, herausstellen. Mit Recht haben die «Basler Nachrichten» geltend gemacht, daß die Schwenkung der Linken zu einer kompromißlosen Haltung nicht zuletzt auf die berühmte Äuße-

rung von Bundesrat Weber zurückzuführen sei, der mit dem Wort, daß die Einnahmen des Bundes sich nach den Ausgaben richten müßten, einen deutlichen Wink zur Versteifung erteilt hat. Außerdem scheint der Wechsel in der Fraktionsführung der Sozialdemokraten im Nationalrat, die inzwischen auf Herrn Grütter übergegangen ist, seinerseits eine erhebliche Wirkung im Sinne der Radikalisierung getan zu haben. Das «Aargauer Tagblatt» meint dazu, daß sich die Linke am Ende wohl ins eigene Fleisch geschnitten habe, nachdem sie eine Vorlage verwarf, die sicher als ein großzügiger Kompromiß angesehen werden konnte. Und gewiß könnte eine geschlossene Haltung des Bürgertums in Zukunft dafür sorgen, daß sich die Auffassung des freisinnigen Blattes auf längere Sicht bewahrheitet, denn eine solche Haltung der bürgerlichen Parteien würde den Sozialdemokraten bald klar machen, daß sie zu weit gegangen sind. Aber gerade hier liegt für die weitere Entwicklung der schwierige Punkt.

Man sucht deshalb auf bürgerlicher Seite auch vergeblich nach einem schlüssigen Rezept, was nun geschehen soll. Zuerst ist einmal bereits das Stimmenverhältnis angezweifelt worden, indem eine radikale Zeitung die Behauptung verbreitete, die Stimmen seien falsch zusammengezählt worden, die Vorlage sei also tatsächlich nicht angenommen, sondern verworfen. Aber auch wenn die Zahlen stimmen, ist die Situation äußerst schwierig. Die verwerfende Minderheit setzt sich nämlich ungefähr zu gleichen Teilen aus Sozialdemokraten und Kommunisten auf der einen Seite und welschen Föderalisten auf der andern Seite zusammen. Mit dieser Gruppierung läßt sich natürlich nichts anfangen. Auf bürgerlicher Seite wartet man vielmehr auf jene geschlossene Aktion, welche den Erfordernissen der Stunde entspricht. Wir denken, daß sie ausbleiben wird. Denn dazu fehlen eben die Grundlagen. Es ist keine tragfähige Mehrheit vorhanden. Von einer Geschlossenheit des Bürgertums ist keine Rede. Zwei bürgerliche Organe verschiedener Observanz, das konservative «Vaterland» und das freisinnige «St. Galler Tagblatt», sprechen das denn auch unverhohlen aus. Die «große Koalition» mit den Sozialdemokraten bei der Vorberatung der Bundesfinanzreform war unumgänglich, weil eine bürgerliche Mehrheit nicht zusammengebracht werden kann. Es gibt kein bürgerliches Konzept gegenüber diesem Problem. «Wie eng», so fragt das «St. Galler Tagblatt» mit Recht, «fühlt sich die Bauernschaft heute noch an die bürgerlichen Vorstellungen von einer gerechten Finanzpolitik gebunden?» Tatsächlich sind nämlich, so beantwortet das Blatt die eigene Frage, die finanzpolitischen Vorstellungen — man könnte auch sagen: die staatspolitischen — der Bauernschaft gar nicht so sehr verschieden von den sozialistischen Vorstellungen, wenn man von einigen Einzelheiten absieht, welche die Frage der Progression, die Ausgleichsteuer und andere Detailpunkte betreffen. Im Laufe der Beratung hat man dies an einem Beispiel deutlich erkennen können, nämlich beim Kapitel der Ausgabenbremse. Es blieb nicht dabei, daß der Antrag des Konservativen Gemperli auf Verschärfung dieser Sparmaßnahme unterlag. Vielmehr fand im weiteren Verlauf ein Antrag von bäuerlicher Seite (Reichling) Annahme, der von der Anforderung des qualifizierten Mehrs für Ausgabenbeschlüsse der Bundesversammlung diejenigen Beschlüsse ausnehmen will, die ihrerseits auf Bundesgesetzen oder Bundesbeschlüssen beruhen. Bei der Begründung dieses Antrages wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch die jetzige Fassung der Bestimmung die Ausführungsgesetzgebung zum neuen Landwirtschaftsgesetz gefährdet werden könnte. Dieser Antrag Reichling ist mit 91 gegen 56 Stimmen zum Beschlusse erhoben

worden. Gewiß liegt dazu ein Wiedererwägungsantrag vor, welcher den Freisinnigen Häberlin zum Urheber hat. Allein ganz abgesehen vom Schicksal dieser Einzelfrage, die jedoch von grundsätzlicher Bedeutung ist, erkennt man hier, wo es auf bürgerlicher Seite fehlt. Es hat keinen Sinn, vor dieser Tatsache die Augen zu schließen. Sie wird vielmehr für die weitere Entwicklung bestimmend sein.

Nun wird sich in der Junisession der Ständerat mit der Vorlage befassen. Über die Entwicklung, welche die Dinge weiter nehmen werden, sind verschiedene Vermutungen zu hören. Möglicherweise wird die Vorlage im Ständerat in einigen Punkten nach bürgerlichen Gesichtspunkten abgeändert. Wie weit dies aber ihr ferneres Schicksal im Nationalrat positiv zu bestimmen vermag, scheint zum mindesten unklar. Man spricht auch davon, die Vorlage an den Bundesrat zurückzuweisen, im Sinne einer totalen finanzpolitischen Umorientierung, womit eine Neubesetzung des Finanzdepartementes verbunden wäre. Aber auch hier fragt man sich, wie eine solche Lösung sich ergeben kann, nachdem eine bürgerliche Mehrheit tragfähigen Charakters nicht existiert. Die «Neue Zürcher Zeitung» ihrerseits erwägt die Möglichkeit, die Vorlage auseinanderzunehmen und nach bestimmten Sachgruppen zu behandeln. Es könnte dies, so schreibt das Blatt, dem Volke die Stellungnahme zu einzelnen Problemen ermöglichen, «ohne daß sich Widerstände gegen Einzelheiten zu einer erdrückenden Gesamtopposition zu kumulieren brauchten». Uns scheint, als wäre dieser Vorschlag beinahe zu schlaue, um praktisch durchgeführt werden zu können. Und ob im weiteren, wie das Blatt hofft, der unerwartete Ausgang der Abstimmung zu einer gewissen Auflockerung in den Positionen der Parteien und zu nachträglicher Besinnung führen kann, ist ebenfalls zweifelhaft. Man wird also der weiteren Entwicklung mit großer Skepsis entgegensehen.

Nachdem in unserem letzten Bericht der erfreuliche Beschluß des Nationalrates in der Frage der Mietpreiskontrolle besprochen werden konnte, darf hier noch auf einen Parallellfall im Ständerat hingewiesen werden. Die Kammer hat den *Bundesbeschluß über die Brotgetreideversorgung des Landes* mit 27 Stimmen ohne Gegenstimme angenommen und dabei einer von der Kommission beantragten Verschärfung zugestimmt, wonach der Bundesrat verpflichtet wird, die im Beschlusse vorgesehenen staatlichen Lenkungs- und Kontrollmaßnahmen stufenweise abzubauen. Zwar enthält die Vorlage, auch in dieser verschärften Form, noch gewisse Mängel; aber es ist immerhin das erfreuliche Faktum zu verzeichnen, daß in einem weiteren Falle der Abbau der staatlichen Maßnahmen eine Beschleunigung erfahren soll. Für die fernere Behandlung auch dieser Vorlage, ebenso wie derjenigen über die Preiskontrolle, bestehen deshalb positive Aussichten.

* * *

Der Übergang zur Betrachtung der *internationalen politischen Lage* bietet hier Gelegenheit, auf die Entwicklung in unserem Nachbarland *Osterreich* zu verweisen, welche bemerkenswerte Züge im Sinne eines Widerstandes gegen die sozialistische Planwirtschaft aufweist. Trotzdem die Wahlen, welche kürzlich stattfanden, die bürgerliche Front nur in unwesentlichem Maße verstärkten, ist es der Parteiführung der bürgerlichen Volkspartei gelungen, für die neu gebildete Regierung den Koalitionspakt mit den Sozialdemokraten aufzuheben. Gewiß besteht diese Regierung wiederum aus Ministern der Volkspartei und der Sozialdemokraten,

wobei sogar der Einfluß der letzteren in gewissen Punkten eher verstärkt wurde. Durch den Verzicht auf den Koalitionspakt ist aber nunmehr der bürgerlichen Volkspartei zumal in Fragen des wirtschaftlichen Sektors eine Politik von Fall zu Fall möglich. Eine Ausdehnung der von den Sozialdemokraten bisher stets mit Erfolg vorgetragenen staatssozialistischen Tendenzen kann in Zukunft durch die bürgerliche Volkspartei zusammen mit der Gruppe der Unabhängigen verhindert werden. Dabei wird es den Sozialdemokraten aus praktischen Gründen versagt bleiben, die Regierung wieder zu verlassen, weil sie sich sonst angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse ihres Einflusses selbst berauben würden. Auch ist es ihnen aus staatspolitischen Gründen nicht möglich, in die Opposition zu gehen, solange das Land von den fremden Mächten besetzt ist. Es ist deshalb zu hoffen, daß die wirtschaftspolitische Durchsetzung mit den Zielen der Sozialdemokratie in unserm Nachbarlande nunmehr abgebremst wird. Diese Entwicklung wird in hohem Maße der Persönlichkeit des neuen Bundeskanzlers, eben des Parteiführers Dr. Raab, zu verdanken sein. Es ist freilich bei Betrachtung der weiteren Perspektiven davon auszugehen, daß die neue Taktik der Volkspartei sich auf den wirtschaftlichen Sektor wird beschränken müssen, weil eine stärkere Einflußnahme der Gruppe der Unabhängigen auf die allgemeinen Linien der Politik verhindert werden muß, nachdem sich, wie man weiß, im Lager dieser Unabhängigen der immer noch ziemlich beträchtliche Rest des nationalsozialistischen Einflusses niedergelegt hat.

Verschiedene *Eingriffe und Maßnahmen der Sowjetunion* in letzter Zeit haben eine gewisse Entspannung in den internationalen Beziehungen zur Folge gehabt, welche aber, wie man feststellen kann, gar nicht überall mit Zustimmung aufgenommen wird. Der Austausch von Gefangenen in Korea sowie die Neuaufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen gehören dazu, ferner die Verständigung über die Person des neuen Generalsekretärs der UNO, außerdem der liebenswürdige Empfang, den einige amerikanische Journalisten — es waren freilich Vertreter ausgesprochener Provinzblätter — in Moskau erfahren haben; dann fällt in diesen Bereich an inneren Maßnahmen eine wohl ziemlich großzügige Amnestie und die Verleugnung des sogenannten Ärzte-Komplottes. Als wohl besonders wichtige Äußerung ist die bevorstehende Entsendung eines sowjetischen Kriegsschiffes nach England, anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten, anzusprechen.

Die Sachverständigen haben sich inzwischen an die Arbeit gemacht, um die Gründe aufzuspüren, welche die neuen Leiter des russischen Staates zu diesen Maßnahmen veranlaßt haben. Wie man bis heute feststellen kann, hält es freilich schwer, eine wirklich schlüssige Erklärung zu finden. Vorläufig ergibt sich als Faktum nur die Einleitung einer beweglicheren Taktik seitens der Sowjetunion, ein neues politisches Procedere wenn man will, von dem aber niemand weiß, wie lange es anhalten wird, bzw. welche Weiterungen von ihm noch zu erwarten sind. Sicher wird man davon auszugehen haben, daß Rußland auch heute nicht daran denkt, auf seine wesentlichen politischen Ziele zu verzichten. Es ist also keineswegs damit zu rechnen, daß man in Moskau jene Hauptpositionen aufgeben wird, die man heute, unter der Auswirkung des siegreich beendeten Krieges, in der Hand hält. Dagegen ist es möglich, daß die über diese Positionen hinausgehenden Ziele vorerst zurückgestellt sind, und daß man eben versuchen will, den Status quo im Wege einer Vereinbarung mit den Westmächten zu sichern. Weitere Schlüsse lassen sich aus dieser neuen Taktik nicht ziehen.

Nun ist freilich bemerkenswert, daß dieser vorläufige Übergang zu einer neuen Taktik, soweit er sich im Sinne einer Entspannung auswirkt, mancherorts nicht nur mit natürlichem Mißtrauen, sondern mit ausgesprochenem Mißbehagen aufgenommen wird. Man kann sich darüber eigentlich nur wundern, wenn man an die Klagen denkt, welche der Kalte Krieg fortlaufend verursacht hat, und dabei erkennt, daß es meistens dieselben Leute sind, die heute ihr Mißfallen über die Entspannung äußern. Sicher geht man nicht fehl, mancherorts hinter dieser Enttäuschung wirtschaftliche Motive zu vermuten. Andererseits steht man heute regelrechten Angstzuständen gegenüber, daß die «Europäische Verteidigung» Schaden nehmen könnte. Im Zuge der neuen Maßnahmen Moskaus brachte ein großes englisches liberales Blatt, der «Manchester Guardian», eine Karikatur, in der Malenkov als Friedensengel die Papiersoldaten der noch nicht verwirklichten NATO-Armeen umbläst. Gewiß haben durch den provisorischen neuen Kurs alle Gegner der deutschen Aufrüstung neuen Auftrieb bekommen. Ist das aber unbedingt ein Nachteil? Insbesondere in Frankreich, das unter einer neuen finanziellen Spannung leidet, hat die Bewegung gegen die «Europäische Verteidigung» eine bedeutende Verstärkung erfahren. Man mag sich die Worte merken, mit denen der ehemalige Ministerpräsident Edouard Daladier das Problem umriß, indem er erklärte:

«Wir verurteilen die Pariser und Bonner Verträge, weil sie den Ruin eines demokratischen Regimes darstellen, weil sie die französische Verfassung verletzen, weil sie mit dem Ausdruck ‚Europaarmee‘ fälschlich etwas belegen, das in Wirklichkeit nichts anderes als ein luftgefülltes Expeditionskorps mit einem nichteuropäischen Kommando ist, und weil sie die Hegemonie eines Deutschland schaffen, dessen wahres Ziel in der Zurückgewinnung aller Gebiete besteht, die es mit der Niederlage Hitlers verlor».

Gleichzeitig verlangte der ehemalige Ministerpräsident, daß Frankreich die Initiative ergreife, um mit der Sowjetunion ins Gespräch zu kommen, eine Ansicht, welche auch in der großen Zeitung «Le Monde» vertreten ist, die ja schon lange für eine neutralistische Politik eintritt. Wenn man solche Äußerungen liest, so ergibt sich unwillkürlich ein Rückschluß auf die oft dementierten, aber immer wieder aufgetauchten Gerüchte, wonach Frankreich seit langem insgeheim mit der Sowjetunion in Beziehung stehe, mit dem Ziele, den Status quo in Deutschland sicherzustellen. Kein Wunder, daß solche Gerüchte vor der vorübergehend neuen Lage wieder zunehmen. Allein hier muß man sich ernstlich fragen, ob da nicht mit Illusionen gespielt wird. Im Anschluß an den Besuch einer französischen Delegation in Washington wurde in einer amtlichen Mitteilung über die Verhandlungen die Stellung Frankreichs als Weltmacht ausdrücklich anerkannt. Aber «Le Monde» schreibt dazu, das sei nichts anderes als eine platonische Geste, weil Frankreich zu stark in der Abhängigkeit Washingtons sei und darum so oder so nach der amerikanischen Pfeife tanzen müsse. Tatsächlich ist dieses Problem sehr ernst zu nehmen, wenn man sich überlegt, daß Paris seit dem Ende des zweiten Weltkrieges mehr amerikanische Hilfe erhalten hat als irgend ein anderes Land: 4 Milliarden Dollar Waffenhilfe, 3,3 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe und Kredite unter dem Marshallplan, 2 Milliarden Dollar Sonder- und Überbrückungshilfe bei verschiedensten Gelegenheiten, außerdem die bisher fettesten Aufträge auf «off shore»-Lieferungen.

Man mag aus diesen Umständen die Größe der Probleme erkennen, welche zwangsläufig aufgeworfen werden, wenn die Mächte endlich den Weg einer Bereinigung der Positionen in Europa beschreiten sollten. Angesichts der zweifellos vorhandenen russischen Entschlossenheit, die wesentlichen Positionen zu wahren, und angesichts des Umstandes, daß weite Kreise in Westeuropa diese Politik nicht unbedingt als ihren Interessen entgegengesetzt empfinden, und natürlicherweise auch nicht empfinden können, stellen sich für die amerikanische und für die britische Politik der nahen Zukunft Probleme von gewaltiger Schwere. Darüber hinaus muß natürlich die Tatsache stets im Auge behalten werden, daß Europa nur einen Teil dieser Problematik stellt, und vielleicht vom amerikanischen Gesichtspunkt aus nicht unbedingt den größten oder wichtigsten.

Es ergibt sich demnach die Folgerung, daß eine Entspannung der internationalen Lage die Welt nicht vor weiteren Schwierigkeiten bewahren kann, weil es hier um grundlegende Positionen geht und sich deshalb der Ausgleich der machtpolitischen Gegensätze nur unter schweren Auseinandersetzungen zu vollziehen vermag. Das soll uns aber nicht hindern, jede Entspannung zu begrüßen, in welchem Bereiche immer sie eintreten mag.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Italien

Italien steht vor den Parlamentswahlen

Wenn auch dem 7. Juni, dem nun definitiv festgesetzten Wahltag, mit weniger Besorgnis entgegengesehen wird als dem Ausgang der 1948er Wahlen, wird der nun einsetzende Kampf schonungslos hart sein. An einen noch vor fünf Jahren da und dort für möglich gehaltenen Wahlsieg der Marxisten ist kaum mehr zu denken. Aber trotz dem zu erwartenden Rückgang der kommunistischen Stimmen werden die demokratischen Parteien angesichts des unerschütterten Angriffsgeistes des P. C. I. unter Togliatti und der ihm verbündeten Nenni-Sozialisten keine Anstrengung scheuen dürfen, um die Mehrheit zu erringen. Bekanntlich droht der italienischen Demokratie Gefahr nicht nur von links, sondern auch von rechts, obwohl dem Movimento Sociale Italiano (M. I. S.) kaum größere Einbrüche in die Zentrumsparteien gelingen dürften.

Die Extremisten haben sich diese ungünstige Ausgangslage am Vorabend der Wahlschlacht übrigens selber zuzuschreiben, denn was sie sich an schamloser Obstruktionspolitik anlässlich der Wahlgesetzdebatten zuerst in der Deputiertenkammer und nachher im Senat geleistet haben, geht selbst in einem Lande, wo Parlamentsraufereien sozusagen zum guten Ton gehören, über die Hutschnur. Wir gehörten auch zu denjenigen Kreisen, die das neue Wahlgesetz nicht bedenkenlos billigten (siehe unser Bericht im Februarheft), aber nach der verlogenen Sabotagekampagne, gespickt mit Radauszenen, die jeder Beschreibung spotten und jeder demokratischen Spielregel Hohn sprechen, anerkennen wir die Notwendigkeit der Wahlreform, die eine arbeitsfähige Kammer gewährleisten will. Italien kann es sich einfach nicht mehr weiter leisten, jede normale Parlamentstätigkeit durch eine

skrupellose Bande rußlandhöriger Radaubröder sabotieren zu lassen. Keine Demokratie kann die Toleranz so weit treiben, daß sie zu ihrem eigenen Grabe wird. Vor dieser Gefahr steht heute Italien. Man muß angesichts der systematischen Sabotagepolitik der Kommunisten über die Geduld der demokratischen Kreise Italiens staunen, und nur hoffen, daß sie nicht plötzlich einer unaufhaltsamen Reaktionsbewegung Platz macht, wie sie die erste Phase des Faschismus anfangs der zwanziger Jahre darstellte. Man muß es den führenden Köpfen der vier alliierten demokratischen Parteien hoch anrechnen, daß sie in den endlosen, zermürbenden Debatten ihre Nerven nicht verloren und zu Kurzschluß-Aktionen gegriffen haben, die sie auf eine bedenkliche, schiefe Bahn geführt hätten. Die Beschlüsse über die Wahlreform wurden sowohl in der Kammer als später im Senat in voller Übereinstimmung mit demokratischen Spielregeln gefaßt, und wenn die Togliatti-Anhänger von Überrumpelung sprechen und schreiben, so glaubt ihnen das außerhalb ihrer engen Parteikreise niemand. Und selbst bei diesen scheint die Überzeugung nicht so felsenfest zu sein, denn der am Tage nach der Senatsabstimmung proklamierte Generalstreik war ein deutlicher Mißerfolg. Daß sich die Drahtzieher aber deswegen nicht entmutigen lassen, war vorauszusehen. Eine Reihe weiterer Streikaktionen, darunter auch wieder Eisenbahnstreike, woran man sich in Italien mit der Zeit gewöhnt hat, werden aber den Wahlausgang für die extreme Linke kaum günstiger gestalten — im Gegenteil.

Im Grunde muß man Togliatti und Nenni eigentlich dankbar dafür sein, daß sie durch ihre sture Obstruktionspolitik mit dem abschließenden Pandämonium vom Palmsonntag im Palazzo Madama in Rom (die Reparaturen sollen über 1,5 Millionen Lire kosten!) den Staatschef Einaudi zur vorzeitigen Auflösung des Senats zwangen. Die Wahlen in die hohe Kammer wären erst nächstes Jahr fällig gewesen. Nun atmen Kaufleute und Hausbesitzer erleichtert auf, daß der Wahlkampfummel nur diesen Sommer den Geschäftsgang beeinträchtigen und die Häuserfassaden bis zum ersten Stock mit Wahlsprüchen in Ölfarbe und blutrünstigen Plakaten verschmieren lassen wird. Interessanterweise wird das nun gutgeheißenene Wahlreformgesetz nur für die Wahlen der Deputierten Geltung haben, die von 28 Millionen stimmberechtigten Italienern und Italienerinnen über 21 Jahre gewählt werden. Die Wahlkoalition unter den vier demokratischen Parteien (Democrazia Cristiana, liberale Partei, republikanische Partei, sozialdemokratische Partei) wird auch nur für die Kammerwahlen spielen, während die Senatswahlen, wozu nur ca. 25 Millionen Wähler und Wählerinnen über 25 Jahre berechtigt sind, im Zeichen des Kampfes aller gegen alle durchgeführt werden. Diese Verschiedenheit dürfte sich kaum zu Gunsten der Zentrumsparteien auswirken, sie mag den Extremisten von links und rechts in den Senatswahlen günstigere Chancen bieten als in den Wahlen für die Deputiertenkammer. Sie werden diese Konjunktur wohl gründlich ausnützen, was für die demokratischen Parteien ein Gefahrenmoment darstellt, dessen Bedeutung heute noch nicht abzusehen ist.

So einig sich die Oppositionsparteien rechts (M. I. S. und Monarchisten) und links (Kommunisten und Linksozialisten) in ihrem Kampf gegen die heutige Regierung unter Ministerpräsident De Gasperi sind, so ist doch mit einer Wahlkoalition zwischen ihnen kaum zu rechnen. Aller Voraussicht nach dürften die vier alliierten demokratischen Parteien in den Wahlen zur Deputiertenkammer deshalb die 50,01% Stimmen erhalten, die ihnen nach dem angenommenen Wahlreformgesetz 65% aller gewählten Deputierten sichern werden, so daß wenigstens in der Kammer mit einer arbeitsfähigen Mehrheit gerechnet werden darf. Diese «Mehrheitsprämie» ist übrigens im politischen Leben Italiens kein Novum: bei den Gemeindewahlen der vergangenen zwei Jahre wurde sie allgemein angewandt und wirkte sich in hunderten von Gemeinden zu Gunsten der heutigen Oppositionsparteien aus. Das Wahlgesetz findet übrigens nicht nur bei den Extremisten

von links und rechts Ablehnung, sondern auch bei einigen überzeugten Demokraten, wie bei den früheren Ministern Parri und Corbini u. a. m., doch die übergroße Mehrheit der Zentrumsgruppen sieht es heute als politische Notwendigkeit an.

Stalin hat seinen italienischen Genossen bestimmt keinen Dienst geleistet, so kurz vor dem Wahlkampf das Zeitliche zu segnen. In einem Lande, das viel mehr auf Sehen und Hören als auf Lesen eingestellt ist, haben die Lebenden vor den Toten sehr viel voraus. Und kaum haben sich die Massen vom Schlage erholt, den beweihträucherten Halbgott im Kreml wie einen beliebigen Sterblichen vom Tode ereilt zu sehen, müssen sie nun noch erleben, daß die Nachfolger des als unfehlbar gegoltenen «großen Bruders» sensationelle Beschlüsse fassen, die so ziemlich in diametralem Gegensatz zu dessen letzten politischen Aktionen stehen.

Dies führt uns ins

außenpolitische Gebiet.

Es gibt bis jetzt in Italien wenig Leute (von den Rußlandhörigen abgesehen), die in der Moskauer Friedensschalmei mehr als ein Täuschungsmanöver oder eine durch innenpolitische Faktoren erzwungene *momentane* Richtungsänderung erblicken. An einen Gesinnungswechsel wagt man hier, wenigstens vorläufig, nicht zu glauben. Bis jetzt hat sich der Kreml interessanterweise Italien gegenüber noch gar keine versöhnliche Geste geleistet. Noch sollen Zehntausende von italienischen Kriegsgefangenen in Rußland weilen, doch ist es durchaus möglich, daß er sich im geeigneten Moment noch durch Konzessionen in den Wahlkampf einschalten wird. Würde die Parlamentstätigkeit durch die bevorstehenden Wahlen nicht unterbrochen, so wäre das Bonner Vertragswerk in Rom bereits ratifiziert. Bestimmt werden die neuen Volksvertretungen das Versäumte im Sommer nachholen. Mit Deutschland zusammen gehört Italien zu den stärksten Befürwortern der europäischen Integration, weshalb denn im Notenbuch des Washingtoner Staatsdepartements Adenauer und De Gasperi unter den Musterknaben rangieren dürften. Letzterer versucht sein Bestes, um zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln. Als deutschsprechender Trentiner, der vor 1914 seinen Wahlkreis im Wiener Parlament vertrat, ist er für diese Mediatorenrolle ja sozusagen prädestiniert.

Das *Triestiner Problem* scheint weiter als je von einer Lösung entfernt zu sein. Der Abschluß des Dreierpaktes zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei sowie der kürzlich stattgefundenen Staatsbesuch Titos in England haben die Verhandlungsbereitschaft Belgrads kaum gefördert. Umgekehrt ist das politische und militärische Gewicht Italiens nicht so stark, daß es durch seine Atlantikpaktpartner eine ihm günstige Lösung an der Adria erzwingen kann. Wenn die italienische Diplomatie bestimmt über die Verhandlungen Englands mit Tito auf dem Laufenden gehalten worden ist und der Palazzo Chigi die gutgemeinten Vermittlerdienste Edens sicher anerkennt, so haben die jüngsten Ereignisse der latenten Anglophobie neuen Auftrieb verschafft. Nicht nur in Teheran, sondern in ganz Italien ist die Ablehnung der Sequesterforderung der «Anglo-Iranian Oil Company» durch ein venezianisches Gericht mit unverhohlener Schadenfreude zur Kenntnis genommen worden (eine italienische Ölraffinerie bezieht bekanntlich seit einigen Monaten persisches Petrol aus Abadan, die Proteste der A. I. O. C. in den Wind schlagend).

Wirtschaftlich hat Italien schwierige Zeiten.

Teils infolge seiner fast 100%igen Einfuhrliberalisierung aus den O. E. E. C.-Ländern, teils infolge der letztjährigen drastischen Importbeschränkungen von Seiten des Sterlingblockes und der Union Française hat sich sein Außenhandels-

defizit beängstigend vergrößert. Durch eine 7%ige Steigerung des Importes gegenüber 1951 und eine 15%ige Senkung des Exportes hat sich der Passivsaldo von 325 Milliarden Lire auf 582 im abgelaufenen Jahre erhöht. Das erste Quartal hat keinen Tendenzumschwung gezeigt, so daß Italien anläßlich der Märzsession des O. E. E. C. in Paris durchblicken ließ, daß es seinerseits seine äußerst liberale Handelspolitik revidieren müßte, wenn seine europäischen Handelspartner auf ihren Absperrmaßnahmen bestehen würden. Durch das Entgegenkommen Englands und Deutschlands dürfte diese Gefahr einstweilen beschworen sein. Die Montanunion hat keine gute Presse, da sie den metallurgischen Sektor Italiens zweifellos vorerst ungünstig beeinflussen wird, der in der Treibhausluft der Autarkie übergroß geworden ist. Man muß Italien auch auf wirtschaftlichem Gebiete für seine europäische Integrationspolitik dankbar sein, wofür es große Opfer leistet, die im Auslande nicht genügend gewürdigt werden. Als Gegenleistung verlangt es mit Recht neben freiem Austausch von Waren auch denjenigen von Menschen und Kapitalien, um seiner überzähligen Bevölkerung im In- und Auslande Arbeit zu verschaffen. Befriedigender als der Außenhandel ist der Innenabsatz. Besonders im Süden macht sich das riesige Meliorationsprogramm durch vermehrte Kaufkraft bereits günstig bemerkbar. Wir hatten kürzlich auf einer Fahrt durch die Maremma zwischen Rom und Grosseto Gelegenheit, von der bereits weitgehend durchgeführten Landaufteilung der Latifundien Kenntnis zu nehmen. Es ist nur bedauerlich, daß man von diesem enormen Bonifikationswerk mit seinen großen ökonomischen und sozialen Auswirkungen im Auslande so wenig weiß.

Angesichts dieser heroischen Anstrengungen wird man die starke Anschwellung der öffentlichen Verschuldung Italiens etwas weniger kritisch beurteilen. Sie beträgt gegenwärtig ca. 3200 Milliarden Lire und liegt damit 350 Mrd. Lire höher als vor einem Jahr. Gleicherweise im Anstieg begriffen ist der Notenumlauf. Demgegenüber hat sich das jährliche Bruttoeinkommen auf rund 10 000 Mrd. Lire erhöht, was ca. 1500 Franken pro Kopf und Jahr bedeutet. Ein Viertel davon fließt als Steuern in die öffentliche Hand.

Ein Lichtpunkt der italienischen Wirtschaft, der auch die ausgezeichnete Haltung der italienischen Lira auf den freien Märkten erklärt — sie ist heute praktisch mit den offiziellen Kursen identisch —, bildet nach wie vor der Tourismus. Die Zahl der Touristen hat sich 1952 gegenüber 1951 um 10%, von 5,4 auf 6,1 Millionen, vermehrt, ihre Ausgaben in Italien gar um 20%, von 150 auf 180 Mrd. Lire. Der gegenwärtige Frühjahrsverkehr läßt zum mindesten kein schlechteres Ergebnis für das laufende Jahr erwarten.

Italien setzt seine Konsolidierung stetig fort. Wenn ihm noch ein Friedensjahrzehnt unter der weisen Leitung der gegenwärtigen Staatslenker erhalten bleibt, wird es zu einem der europäischen Musterbetriebe aufrücken.

Peregrinus